

Wenn das Spital zum Notfall wird

Seit Monaten streikt in Frankreich das Pflegepersonal in den Notfallstationen offiziell – jetzt macht die Regierung neue Zugeständnisse

RUDOLF BALMER, PARIS

An der Fassade des Pariser Spitals Saint-Antoine, unweit der Place de la Bastille, hängen aus Leintüchern gefertigte Spruchbänder mit der Aufschrift: «En grève!» (im Streik). Doch die Arbeit ruht nicht, im Gegenteil. Alle paar Minuten fährt ein Ambulanzwagen am Eingang der Notaufnahme vor, und dies rund um die Uhr. Andere Patienten kommen selber dorthin – und werden mit dem Hinweis «En grève!» konfrontiert. Es steht mit Filzstift auf den weissen Arbeitstunics und -blusen der meist vorbeieilenden Beschäftigten geschrieben. Sie sind offiziell im Streik, doch sie arbeiten trotzdem mehr denn je.

Man kann sich nicht ausmalen, wie es wäre, wenn die Beschäftigten effektiv die Arbeit niedergelegt hätten. Ihr mehr symbolischer Streik wird denn auch sehr ernst genommen und erhält in den französischen Medien ein fast durchwegs wohlwollendes Echo. Die an der Qualität der Pflege interessierten Bürger haben ebenfalls Verständnis für die Anliegen und auch für die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen, die zugleich bessere Aufnahmebedingungen garantieren sollen.

Aggressionen als Auslöser

In der Notfallstation von Saint-Antoine hat der Streik vor einem halben Jahr begonnen. Es ging zunächst um die Aggressionen entnervter Patienten oder von deren Angehörigen, denen das Personal oft ausgesetzt ist. Da es an verfügbaren Betten mangelt, liegen die Neuankommenden oft bis zu acht Stunden auf Bahren, manchmal sogar länger. Dort warten sie darauf, dass sich jemand um sie kümmert.

Die Notfallstation ist – wie praktisch alle Notfallstationen in Frankreich – vor allem in der Nacht und an den Wochenenden notorisch unterbesetzt. Absolute Priorität für die Ärzte und Pflegefachleute haben die wirklich dringenden Fälle, in denen es häufig um Leben und Tod geht. Die anderen müssen sich gedulden. In Lokalzeitungen ist gelegentlich von Fällen zu lesen, bei denen das Warten auf medizinische Hilfe skandalös lange gedauert habe und ein Patient schliesslich verstorben sei, ohne einen Arzt gesehen zu haben.

«Die Notaufnahme ist selber zum Notfall geworden», erklärt die Hilfspflegerin Candice Lafarge. Für die 33-Jährige ist die niedrige Entlohnung der Hauptgrund für den Personalmangel. Ihr Gehalt liege nach zwölf Jahren unermüdlichen Einsatzes mit 1500 Euro im



Das Pflegepersonal trägt den Protest gegen die unhaltbaren Zustände in Paris auch auf die Strasse.

SAMUEL BOVIN / IMAGO

Monat nur knapp über dem gesetzlichen Mindestlohn. Die prekären Konditionen würden die Pflege im öffentlichen Dienst nicht gerade attraktiv machen. Viele ihrer Kolleginnen gingen lieber in private Kliniken oder Altersheime, wo sie mehr verdienen, oder dann gleich über die Grenze in die Schweiz, berichtet Lafarge.

Mehr Patienten, weniger Betten

Dieselbe Situation mit vorzeitigen Abgängen in den Privatsektor oder Berufswechseln kennt auch der diplomierte Krankenpfleger Pierre Schwob, der im Spital Beaujon in Clichy bei Paris arbeitet. Er leistet fast ausschliesslich Nachtdienste und sieht entsprechend bleich und müde aus. «In meiner Notfallabteilung bin ich der Einzige, der es acht Jahren lang ausgehalten hat», sagt er mit einem Anflug von ironischem Stolz. Schwob gehört wie Candice Lafarge zum Kollektiv Inter-Urgences, das den Streik landesweit koordiniert. Auch er hält es für enorm wichtig, die Pflegeberufe im öffentlichen Dienst aufzuwerten. Dazu müssten die Löhne des Pflege-

personals um 300 Euro im Monat erhöht werden, lautet die Forderung der Streikenden.

«In vielen Abteilungen gibt es zwar offene Stellen, doch sie können mangels Bewerbungen nicht besetzt werden», sagt Schwob. Trotz den Rekrutierungsproblemen fordert das Kollektiv, dass 10 000 zusätzliche Stellen in den Notaufnahmen landesweit geschaffen und die Aufnahmekapazitäten nicht weiter gesenkt werden. Diese sind im Rahmen der Kostensenkungen und Fusionen im ländlichen Frankreich laut den Streikenden in den letzten zwanzig Jahren um 100 000 Betten reduziert worden, während sich die Nachfrage praktisch verdoppelt hat. Kamen 1996 laut einem Bericht des Gesundheitsministeriums noch rund 10 Millionen Patienten in die Notaufnahmen, waren es 21 Millionen im Jahr 2016.

Die Streikenden wie auch die Regierung sehen in dem wachsenden Andrang das Hauptproblem. «Wir sind für alle da. Wir können niemanden abweisen, weil wir überlastet sind», sagt Pierre Schwob. Neben den medizinischen Notfällen kommen laut Candice Lafarge

aber auch Kranke in die Notaufnahme, die schlicht keinen Hausarzt haben oder keinen Termin in einer Arztpraxis erhalten. Hinzu kämen Obdachlose, die in der Notfallstation schlafen oder sich einen Kaffee aus dem Automaten leisten wollten.

Die resultierende Überlastung hat zur Folge, dass das Personal die Arbeit nicht immer gewissenhaft erledigen kann. «Wenn ältere Menschen mehrere Stunden ohne Betreuung auf der Bahre liegen, weil kein Bett für sie vorhanden ist, wird das zu einer Form institutioneller Misshandlung», schimpft der Pfleger Schwob.

Gesundheitsministerin reagiert

Die französische Gesundheitsministerin Agnès Buzyn, selber eine ehemalige Medizinerin, die allerdings die Forschung besser als den Spitalalltag kennt, hat angesichts des andauernden Streiks am Montag neue Massnahmen angekündigt. Sie will in den kommenden drei Jahren 750 Millionen Euro in die Hand nehmen. Den Andrang auf die Notfallstationen will sie unter ande-

rem durch die Einrichtung eines «Service d'accès aux soins» bis zum Sommer 2020 mindern. Die Franzosen sollen sich per Telefon oder via Internet 24 Stunden am Tag an diese Plattform wenden können und je nach Dringlichkeit medizinische Auskunft erhalten, an einen Hausarzt oder an eine Notfallstation verwiesen werden. Privatärzte sollen mehr Besuchszeiten ohne Terminvereinbarung anbieten und dabei unterstützt werden. Zudem will Buzyn dafür sorgen, dass die besonders fragilen betagten Patienten in den Notfallstationen nicht warten müssen.

Bereits zuvor ist die Ministerin den Streikenden zwei Mal ein Stück weit entgegengekommen. Den Nachtdienst leistenden Pflegern sprach sie eine monatliche Prämie von 100 Euro zu, als eine Art Gefahrenzulage. Im Sommer gab es einen Zusatzkredit von 70 Millionen, der es jedoch nur gerade erlaubte, ferienbedingte Absenzen durch Temporärangestellte zu kompensieren. Die Streikenden waren von der Machbarkeit und auch der notwendigen Finanzierung der Vorschläge bisher nicht überzeugt. Erste Reaktionen auf die nun angekündigten Massnahmen sind ebenfalls skeptisch. Denn von der Schaffung neuer Stellen in den Notaufnahmen ist keine Rede.

Ärzte schliessen sich an

Seit Anfang September bekommen die Streikenden eine wachsende Unterstützung durch die Notfallärzte. Der bekannte Notfallarzt Patrick Pelloux, der zum Redaktionsteam des 2015 von Terroristen überfallenen Satireblatts «Charlie Hebdo» gehörte, ist Vorsitzender der Association des médecins urgentistes (Amuf). Diese unterstützt das Kollektiv Inter-Urgences, spricht sich aber für eine Reform des aus dem Gleichgewicht geratenen Gesundheitswesens insgesamt aus: «Es braucht globale Lösungsansätze. Die Notfallstationen sind ja nicht das einzige Problem», sagt Pelloux. Ihn ärgert besonders, dass die Regierung immer an «die Nächstenliebe und die Humanität» des Pflegepersonals appelliere, um zu Mehrarbeit anzuspornen.

Über das weitere Vorgehen will Inter-Urgences diesen Dienstag in einer Vollversammlung in Saint-Denis entscheiden. Es gibt bereits auch Ideen, die Patienten zu mobilisieren. Diese werden am Eingang der Notfallstation von Mülhausen zum Beispiel begrüsst von einem Schild, auf dem steht: «Sie müssen nicht warten, weil wir im Streik sind – wir sind im Streik, weil Sie warten müssen.»

Ruhestörer in der grünen Harmonie

Cem Özdemir kandidiert zusammen mit Kirsten Kappert-Gonther für den Fraktionsvorsitz der Grünen im Bundestag

BENEDICT NEFF, BERLIN

Cem Özdemirs Karriere ist zuletzt ins Stocken geraten. Ende 2017 wurde er noch als möglicher Aussenminister einer Jamaica-Koalition – aus Union, FDP und Grünen – gehandelt. Als die Gespräche scheiterten, gab es für ihn keine herausgehobene Verwendung mehr. 2018

wurde er Vorsitzender des Verkehrsausschusses im Deutschen Bundestag. Dass sich Özdemir auf Dauer damit abfinden würde, schien praktisch ausgeschlossen.

Ein Überraschungscoup

Am Wochenende hat Özdemir nun bekanntgegeben, dass er zusammen mit

Kirsten Kappert-Gonther als Vorsitzender der Grünen-Fraktion im Bundestag kandidieren will. Die beiden haben die Partei überrumpelt, denn die Wahl findet schon am 24. September statt. Die bisherigen Fraktionsvorsitzenden, Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter, dürften davon ausgegangen sein, ohne Konkurrenz anzutreten.

Die Arbeit von Göring-Eckardt und Hofreiter kann man unterschiedlich bewerten. Sie sorgen zwar für einen relativ reibungslosen Betrieb ihrer Fraktion, aber die Oppositionsarbeit der Grünen wird im Bundestag nicht sonderlich wahrgenommen. Göring-Eckardt und Hofreiter werden von dem Führungsduo in der Partei, Annalena Baerbock und Robert Habeck, überstrahlt. Die Zufriedenheit mit den Fraktionschefs war schon Anfang 2018 nicht überwältigend. Lediglich zwei Drittel der Fraktionsmitglieder bestätigten die beiden im Amt, Gegenkandidaten gab es damals nicht.

Cem Özdemir ist einer der bekanntesten Politiker der Grünen und auch einer der beliebtesten, zumindest in

der Öffentlichkeit. Parteiintern sieht es etwas anders aus. Mit Fundamentalisten wie Jürgen Trittin hat er sich wiederholt angelegt. Auch sein Verhältnis zu Simone Peter, mit der er eine Zeitlang die Partei führte, war durchgezogen. Kurz, Özdemir hat seine Popularität anzubieten, rhetorisches Geschick und politische Erfahrung; Ruhe und Ausgleich eher nicht.

Medizinerin aus Bremen

Die Frau, mit der er sich um den Fraktionsvorsitz bewirbt, ist in der Bundespolitik noch nicht gross in Erscheinung getreten. Kirsten Kappert-Gonther war von 2011 bis 2017 Abgeordnete in der Bremischen Bürgerschaft, dem Stadtparlament, von dort wechselte sie in den Bundestag. Die Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie ist drogenpolitische Sprecherin der Grünen, ausserdem ist sie Obfrau ihrer Fraktion im Gesundheitsausschuss.

Während Özdemir dem Realo-Flügel angehört, wird sie dem linken Flü-

gel der Partei zugeordnet. Diese unterschiedliche Verortung ist für die Wahl wichtig. Gemeinhin schaut die Fraktion, dass beide Parteiflügel in der Fraktionspitze vertreten sind. Wie die Wahl ausgehen wird, ist schwer abzuschätzen. Die Bisherigen dürften aber im Vorteil sein. In einer Zeit, in der die Grünen in den Umfragen massiv zugelegt haben, dürften viele Fraktionsmitglieder keinen Grund sehen, Spitzenpersonal auszuwechseln.

Gerade für Özdemir wäre das Amt aber wichtig. Die Krönung seiner Karriere könnte dereinst die Nachfolge von Winfried Kretschmann als Ministerpräsident von Baden-Württemberg sein. Kretschmann wurde als erster Grüner überhaupt Ministerpräsident in Deutschland. Er ist zwar schon 71 Jahre alt, aber vielleicht tritt er 2021 trotzdem noch einmal zur Wahl an. Damit ihn Özdemir dereinst beerben kann, muss er politisch überwinden – und zwar auf einem Posten, der öffentlich wahrgenommen wird. Der Fraktionsvorsitz wäre da ein guter Anfang.

ANZEIGE

Bringen Sie Ihre Mitarbeitenden auf das nächste Level.

Mit SAQ/CWMA: Direkt zum CIWM Präsenzunterricht und online.

Eidg. dipl. Vermögensberater / CIWM

AZEK SWISS TRAINING CENTRE FOR INVESTMENT PROFESSIONALS
www.azek.ch